

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 25. Januar 1988
über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen
und zu dem Protokoll vom 27. Mai 2010
zur Änderung des Übereinkommens
über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen
– Drucksache 18/5173 –**

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung äußert sich zu der Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Zu den Buchstaben a und b und zu dem Gesetzentwurf allgemein

Die Bundesregierung teilt die steuerpolitischen Einschätzungen und Wertungen der Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der vom Bundesrat zum Ausdruck gebrachten Erforderlichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den nationalen Steuerbehörden mit dem Ziel der Bekämpfung internationaler Steuervermeidung und Steuerhinterziehung.

Zu Buchstabe c

Die Bundesregierung wird sich der Bitte des Bundesrates entsprechend für eine möglichst rasche Umsetzung der Regelungsinhalte des Übereinkommens in den übrigen Staaten sowie für eine möglichst rasche Entwicklung zum Informationsaustausch auf der Grundlage des vorliegenden Übereinkommens einsetzen.

